

# Wer, auf wessen Kosten?

Die Schuldenkrise spitzt sich zu – Deutschland gefährdet mit seiner Politik die europäische Integration

Überrascht war ich, dass es zu unserem Motto des letzten Titelbildes, „Bremst die Schuldenbremser“ keine Einwände oder überhaupt Kommentare gegeben hat, stemmen wir uns doch mit dieser Aussage ziemlich gegen den Mainstream. Im Heft selbst hatten wir dann das Motto abgeschwächt durch die Forderung: ‚Vermögens- statt Schuldenbremse‘. Das ist moderater, weil dahinter die Vorstellung steht, ein ausgeglichener Haushalt müsse das Ziel sein. Und gleichzeitig würde der Gerechtigkeit Genüge getan. Warum dies also nicht auf das Titelblatt (zumal sich so schöne Motive von in Luxus schwelgenden Menschen angeboten hätten)?

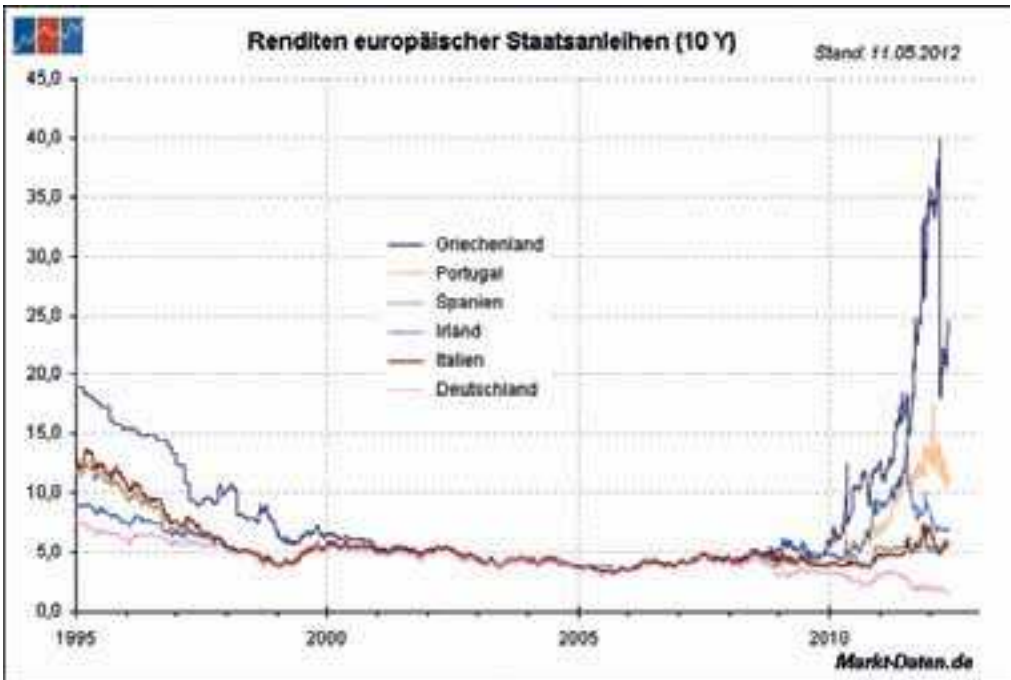
Zunächst einmal ist es immer

nicht so spannend, wenn man etwas veröffentlicht, das ohnehin die meisten befürwortend abnicken würden. D.h., wir wollten den Widerspruch hervorlocken. Denn solange die Politik es nicht durchzusetzen vermag, dass diejenigen zur Kasse gebeten werden, die von der Krise profitiert haben und es in gesteigertem Maß immer noch tun, bedeutet Schuldenbremse immer die Einschränkung bei den unteren Einkommensbeziehern, bedeutet immer Einschränkungen im Sozialbereich, aber auch im Bildungsbereich. Warum, so muss man vor dem Hintergrund dessen, was sich auf der europäischen Bühne abspielt, fragen, ist es in Deutschland einfach kein Thema, die Spitzensteuersätze

### And the winner is...

Die Versteigerung von Bundesschatzanweisungen mit einem Zinskupon von null Prozent brachte dem deutschen Staat 4,555 Milliarden Euro ein. Die Nachfrage nach den Papieren war robust: Sie übertraf das Angebot um das 1,7fache, teilte die für das Schuldenmanagement zuständige Finanzagentur mit. Das Ergebnis sei für den Bund als „wirtschaftlich sehr gut zu bewerten“, sagte ein Sprecher. SZ 23.5.2012

so drastisch anzuheben, wie es Hollande im Wahlkampf forderte oder Roosevelt angesichts der Weltwirtschaftskrise in den



40% zahlt Griechenland zurzeit, wenn sie Staatsanleihen refinanzieren müssen – der Wahnsinn hat Methode!

1930er Jahren einfach durchsetzte: Steuersätze bis zu 90%! Warum ist es nicht möglich, die Vermögen adäquat zu besteuern und widerspräche es so sehr dem von den Liberalen immer ins Feld geführtem Leistungsprinzip, wenn auch die Erben in Zukunft kräftig zur Kasse gebeten würden?

Alles rhetorische Fragen, natürlich! Aber sie sollen deutlich machen, dass die Politik hierzulande das alles aus naheliegenden Gründen nicht will. Sie schützt einfach die Reichen und muss zu diesem Zweck alles dafür tun, dass der Zusammenhang zwischen privatem Vermögen und öffentlichen Schulden unentdeckt bleibt. Denn allein die schlichte Tatsache, dass jedem Schuldtitel des Staates ein privater Vermögentitel gegenüber steht, müsste das finanzielle Argument: „Wir leben auf Kosten unserer Kinder“ als Lüge entlarven.

Was also tun, wenn es poli-

### Deutsche reich wie nie

Frankfurt/Main  
25.5.2012/dpa

Trotz Kursverlusten an den Kapitalmärkten sind Privatleute in Deutschland reicher geworden. Insgesamt konnten sie ihr Geldvermögen im vergangenen Jahr weiter vermehren. Es wuchs um 149 Milliarden Euro auf den Rekordwert von rund 4,715 Billionen Euro, wie die Bundesbank am Donnerstag in Frankfurt berichtete. Private Schulden seien ebenfalls leicht auf 1,55 Billionen Euro gestiegen.

### Gebunkert

Berlin 26.5.2012/dpa

Deutsche Steuerbetrüger haben nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums bis zu 80 Milliarden Euro Schwarzgeld bei Schweizer Banken versteckt.

tisch nicht durchsetzbar scheint, den gesellschaftlichen Reichtum adäquat zu verteilen? Dann nämlich greift nur noch die Forderung nach Einhalt bei der Schuldenbremse. Ja, dann müssen die öffentlichen Ausgaben gesteigert werden. Mehr soziale Kompensation, wenn es bei der ungerechten Einkommensverteilung bleibt, mehr Investitionen in soziale Infrastruktur, mehr Bildungsausgaben. Stopp dem Abbau der Beschäftigung im Öffentlichen Dienst! Einen schwachen Staat können sich nur die Reichen leisten.

Welche Konsequenz könnte eine expansive Finanzpolitik haben? Die jüngsten Erfahrungen aus den USA zeigen, dass dies nicht zwingend mit einer Inflation verbunden sein muss. Die vom amerikanischen Zentralbank-Präsidenten Bernanke mit billigem Geld überfluteten Märkte mögen nicht ohne negative Auswirkungen bleiben. Die befürchtete Inflation aber ist ausgeblieben. Das System bleibt fragil, ist aber bis dato nicht zusammengebrochen. In Europa sind die Verhältnisse stabiler. Der Verschuldungsgrad der EU insgesamt liegt ja deutlich unter dem der USA (auch der von Japan). Und was wäre so schlimm daran, wenn ein Teil der Staatsschulden durch eine moderate Inflation reduziert würde? Solange es politisch nicht durchsetzbar oder einfach nicht gewollt ist, die Haushalte über höhere Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer auszugleichen, hat also unser Motto auf dem Titelblatt: *Bremst die Schuldenbremser*, Bestand. Die Chance, auf diese Weise die Krise zu meistern, ist durchaus gegeben. Das seit Jahrzehnten nicht ohne Erfolg funktionierende System der ‚*planification*‘ in Frankreich zeigt, dass durch eine verstärkte makroökonomische Einflussnahme durch eine staatliche Administration Prozesse in Richtung qualitativen Wachstum initiiert

### So macht man das

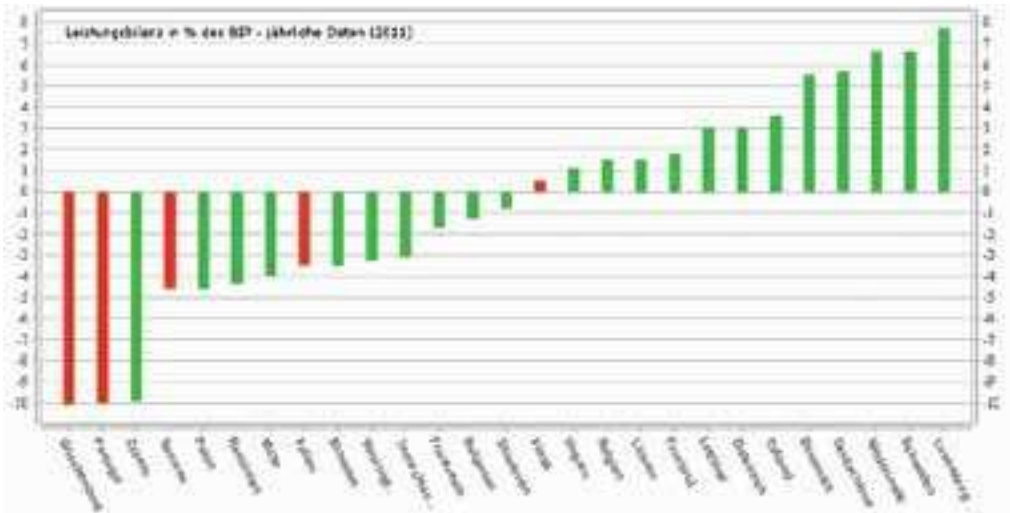
„Rund 70 Prozent der Umsätze mit Euro-Staatsanleihen (die deutschen Bundesanleihen ausgenommen) entfallen momentan auf die Griechen, der Großteil davon (etwa 80 Prozent) auf ein einziges Papier: die Anleihe, die am 20. März 2012 fällig wird. „My Big Fat Greek Bond“, wie Witzbolde sagen: fast 15 Milliarden Euro schwer, aktueller Kurs: knapp über 40 Prozent. Der Zins beträgt 4,3 Prozent auf den Nennwert, ist aber eher zu vernachlässigen.

Die Wette ist eine andere: Halten sich die Griechen noch drei Monate irgendwie über Wasser, erhält der Privatanleger im März 100 Euro für die 40 Euro, die er jetzt investiert: Den Einsatz mal 2,5. 150 Prozent Gewinn in 100 Tagen, spaßes halber hochgerechnet auf 12 Monate, überfordert das den Online-Kalkulator der Börse: Rendite größer als 999 Prozent steht da nur (vierstellig macht er es nicht).“ (FAZ Finanzen am 10.12.2011)

Also herzlichen Glückwunsch allen Gewinnern! Da legt man sich doch ganz entspannt zurück und kann sich über das politische Chaos in Griechenland aufregen. JG

werden können.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Politik hierzulande von sich aus auf diesen Gedanken kommt, ist gering. Auch Widerstand hierzu ist – wie die jüngsten Wahlergebnisse zeigen – in Deutschland nicht zu erwarten. Lässt man einmal die bei uns Abgehängten außen vor, so scheint es, als würden sich die Deutschen wegdrücken. Man weiß, dass man von der Krise profitiert, ganz besonders von den niedrigen Zinsen, die Deutschland für seine Refinanzierung der Staatsschuld zu zahlen hat. Erleichtert wird diese



**Kein Abbild von ‚wer ist tüchtig und arbeitsam‘, sondern Vorteilnahme der einen auf Kosten der Schwachen**

Haltung, indem man mit dem Finger auf die prekären Elemente der Krisenländer zeigen kann, die z.T. von diesen – dies ist an dieser Stelle auch unbestritten – selbst zu verantworten sind.

Trotzdem betreiben die Deutschen dieses Spiel auf Kosten der europäischen Partner. Und hier wird's brisant! Die Menschen, vor allem in den südeuropäischen Ländern, sind ja gerade dabei zu begreifen, dass diese Art der Politik auf ihre Kosten gegangen ist und dass dies so bleiben wird, solange nicht grundsätzlich der Schalter umgelegt wird. Solange nämlich Deutschland mit Lohndumping und Austeritätspolitik im öffentlichen Bereich dafür sorgt, dass der Wettbewerbsvorsprung für deutsche Produkte erhalten bzw. noch weiter ausgebaut wird – bei gleichzeitiger Vorteilnahme Deutschlands durch den niedrigen Euro-Kurs -, werden die europäischen Partner (!) keine Chance haben, jemals aus der Misere heraus zu kommen. Die Zahl der mittlerweile 19% Niedriglöhner in Deutschland (s. Grafik S.7) korrespondiert unmittelbar mit der Anzahl der Menschen, so genannte Aufsto-

cker, die vom Staat bezuschusst werden, damit sie überhaupt leben können. Das ist Exportsubventionierung, die allen Regeln der Wettbewerbsordnung (interwie supranational) widerspricht. (Vielleicht sollte der Staat das Geld gleich den Unternehmen geben, dann könnten diese ‚normale‘ Löhne zahlen und nach außen könnte besser der Schein gewahrt werden, es ginge hier alles mit rechten Dingen zu!)

Wenn es um andere Länder geht, scheint der Blick auf die Verhältnisse umso klarer: Chinas Exportüberschüsse basieren auf den niedrigen Löhnen und einem künstlich niedrig gehaltenem Yuan. Die Schweiz ächzt unter dem Aufwertungsdruck ihrer Währung (verschlechtert Exportchancen, Touristen bleiben weg), weil alle, die Geld haben, sich damit in die vermeintlich sichere Zone flüchten. Und wenn die USA den Flugzeughersteller Boeing oder ihre Landwirtschaft subventionieren, schreit Europa ob dieser Ungerechtigkeit auf.

Ein ähnliches Spiel, wie die Chinesen es betreiben, wird auf Dauer von der deutschen Politik so nicht gespielt werden können. Die ‚Partner‘ rütteln an der Tür

zum Bundeskanzleramt. Was so schön gedacht war - ein europäischer Fiskalpakt, der darauf abzielt, Deutschland die Vorteile eines niedrig bewerteten Euros auf Dauer zu überlassen -, wird die Wut der Verlierer steigern. Dies sind die jetzt an der Klippe zur Zahlungsunfähigkeit stehenden südeuropäischen Länder. Und da nun mal ein bereits hoch verschuldeter Gläubiger keine weiteren Kredite kriegt, wird es gar nicht anders gehen, als dass die Starken im europäischen Verbund hier als Bürgen einspringen müssen. D.h., auf irgendeine Weise wird Deutschland sich an den Risiken beteiligen müssen.

Die in diesen Tagen von vielen als griechische Tragödie benannte dortige Krise kann sich angesichts einer Politik des Wegduckens schnell zu einer Tragödie europäischen Formats entwickeln. Aus Krisen von EU-Granden hört man den Satz: Es könne nicht angehen, ein Omelette backen zu wollen, ohne die Eier zu zerschlagen. Dieser Weisheit werden sich früher oder später auch deutsche Politiker annehmen müssen.

JOACHIM GEFFERS